

Deutschland.

Berlin, 3. Nov. Die heute ausgegebene Nr. 37 der Gesetz-Sammlung enthält das Gesetz, betreffend die Ausübung, der Errichtung und Umformung der Bürgerwehren, vom 24. October 1849. „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. verordnen für den ganzen Umfang der Monarchie unter Zustimmung der Kammern, was folgt:

§. 1. Die Errichtung und Umformung der Bürgerwehren nach dem Gesetze vom 17. October 1848 ist so lange auszuführen, bis dasselbe auf Grund der revidirten Verfassung und nach Ersatz der neuen Gemeinde-Ordnung einer Revision unterworfen worden ist.

§. 2. Die zur Ausrüstung der Bürgerwehren vom Staate verabreichten Waffen sind demselben zurück zu geben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Königl. Insignien.

Gegeben Sanssouci, den 24. October 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Radenbergh. v. Manteuffel. v. Strottha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

Posen, 2. Nov. Die Demarkationslinie ist, wie ein für beide Nationalitäten erfreuliches Gerücht wissen will, aufgegeben, und damit die Theilung unserer Provinz. Die ganze Provinz soll zum deutschen Bunde geschlagen werden und die Verwaltung in bisheriger Weise fortbestehen, nur soll die amtliche Sprache überall nach der Majorität der Bewohner sich richten. — Unsere Festung wird in Folge eines kriegsministeriellen Rescripts demobil gemacht.

Hannover, 2. November, Von dem Erfurter Schiedsgerichte ist der hannoverschen Regierung die Klage der westphälischen Domänenverkäufer vor einigen Tagen insinuirt worden. Die Kompetenz des Erfurter Gerichtes ist mehr als zweifelhaft. Z. f. N.

Hamburg, 1. Nov. Sie werden vermuthlich erstaunen, indem Sie vernehmen, daß in Bezug auf Ausgleichung der Einquartierungskosten noch immer nichts Bestimmtes zwischen der preussischen Regierung und der hiesigen abgemacht wurde. Die erstere scheint dazu geneigt, 5½ Sgr. per Mann täglich zu vergüten; es ist aber auch wegen dieser so weit unter dem Betrag der baaren Auslagen bleibenden Summen noch kein Abkommen getroffen worden. Die hiesigen Quartiergeber erhalten täglich 1 Mk. für den Gemeinen, 1 Mk. 8 Sch. für den Unterofficier, 3 Mk. 12 Sch. für den Officier u. s. w. Bis Ende September betrugen die Auslagen für das hier liegende preussische Militär 350,000 Mark. Damals verließen uns bekanntlich die sämtlichen Landwehr-Mannschaften und ein Theil der Artillerie. Für die zurückgebliebenen 4000 Mann glauben wir die monatlichen Kosten auf circa 130,000 Mark veranschlagen zu dürfen. Wefer-Stg.

Riel, 2. Novbr. Beim Beginn der heutigen Sitzung der Landesversammlung erhielt der Minister des Aeußeren das Wort: Der Stand der Dinge vor der letzten Vertagung der Versammlung sei noch in trüber Erinnerung. Nachdem der schwere Entschluß gefaßt sei, der Einführung der Waffenstillstands-Kommission keinen tatsächlichen Widerstand entgegen zu setzen, habe die Ausführung der Konvention hervorgestanden. Schwere Besürchtungen habe man gehegt und harte Prüfungen seien erfolgt. Die Statthalterschaft sei bemüht gewesen, derselben soweit thunlich zu erleichtern, aber vergeblich. Die preussische Regierung sei auf die Vorstellungen der Statthalterschaft nicht eingegangen, weil sie die Kommission als von denjenigen, die sie eingesetzt, unabhängig betrachte. Eine Verständigung zwischen der Statthalterschaft und der Landesverwaltung sei aber vereitelt, weil diese die Unterhandlung von präjudicialen Bedingungen abhängig gemacht habe, auf welche die Statthalterschaft nicht eingehen könne. Dem Lande sei es nicht zweifelhaft, daß die Konvention verletzt sei, dennoch habe die Landesverwaltung gegen diejenigen, die sich ihr nicht fügen wollten, physische Gewalt gebraucht, und durch das Ungeeignete ihres Verfahrens sei sie zu nichts Anderem gekommen, als eine Vermehrung ihrer Gewaltmittel zu veranlassen. Es seien dagegen von der Statthalterschaft die eindringlichsten Vorstellungen gemacht; die preussische Regierung habe aber erklärt, sie sei entschlossen, den Durchmarsch der neulich nach Schleswig beförderten Truppen unter allen Umständen durchzusetzen. Die Statthalterschaft habe es nun nicht zum Bruch mit einer großen deutschen Macht kommen lassen wollen. Der bisherige Zustand sei nicht der Art, daß er einen wahren Frieden vorbereiten könne. Die Friedensunterhandlungen seien auch, so viel bekannt, noch nicht eröffnet. Ob nicht vielleicht wieder Krieg geführt werden müsse, sei ungewiß. Deshalb seien die Rüstungen fortgesetzt. Uebrigens sei die Regierung fortbauend „nicht gebunden.“ In allem diesem Trüben sei aber doch tröstlich das Gefühl der Einigkeit auf dem Boden des Rechts. Eine höhere Hand werde uns dann auch nicht verlassen. Th. Olshausen stellt darauf die Frage an den interministeriellen Kriegsminister, event. an das gesammte Ministerium: 1) Ist das Verhältniß der auswärtigen Officiere in unserer Armee

in der Weise festgestellt, daß das Land gegen die Gefahr einer Abberufung derselben vor beendigtem Kriege völlig gesichert ist? — und wenn dies nicht der Fall: 2) Welche Gründe haben die Ausführung jener Maßregel verhindert?

Der Departementschef des Aeußern erklärt, daß er die Interpellation dem interministeriellen Departementschef des Krieges mittheilen werde.

Elberfeld, 3. Nov. Die Cholera hat bis in die jüngste Zeit hin bedeutend zugenommen und erst gestern 38 Opfer dahingerafft. Die Furcht vor derselben ist eine allgemeine und sollen grade durch sie viele erkrankt und manche gestorben sein. Durch diese Heimsuchung werden die außerdem nicht erfreulichen Ausichten auf den Winter mehr noch verdüstert da viele Familien ihre Ernährer verlieren und der überbürdeten Armenpflege zur Last fallen. Eine trübe Stimmung lagert auf unserm Thale, das in diesem Jahre schwere Prüfungen zu bestehen hat.

Frankfurt, 2. November. Auf den k. bayerischen Briefposten sind seit gestern Francomarken nach den englischen Penny-marken eingeführt worden. Die Frankirung der Briefpostsendungen kann, nach der betreffenden Kundmachung der Generalverwaltung der k. Posten und Eisenbahnen, im Innern des Landes ausschließlich nur mittelst gestempelter Marken bewirkt werden. Diese tragen die Zeichen der nach dem neuen Briestarife für den innern Verkehr in Bayern geltenden einfachen Tarife von 1, 3 und 6 Kr. (bis zu 12 Meilen 3 Kr. und darüber 6 Kr.) und werden von dem Absender selbst auf der Adressseite des Briefes u. im obern Winkel links durch Befestigen des auf demselben befindlichen Klebstoffes befestigt, so daß der frankirte Brief gleich den unfrankirten lediglich in die Briefkästen zur Versendung zu legen ist. Jede Postexpedition verabreicht Marken gegen Ertrag der durch Marken selbst ausgedrückten Taribeträge in beliebiger Anzahl. Die öffentlich ausgehängte Tare gibt die Norm der Frankirung. Bei unzulänglicher Frankatur wird der noch fehlende Taribetrag von dem Empfänger erhoben. Auf Fahrpostsendungen so wie auf Briefpostsendungen nach dem Ausland hat die Frankirung mittelst Marken keine Anwendung.

Karlsruhe, 3. Nov. Seitdem die Aufhebung des Standgerichts verfügt ist, kommen aus der Schweiz immer mehr Flüchtlinge nach dem Badischen, da sie jetzt nicht mehr den Standgerichten, sondern den ordentlichen Gerichten ihrer Heimath überliefert werden. Es sind dies größtentheils solche, welche bei der Insurrektion weniger theilhaftig waren und nur gezwungen mitgelaufen sind. Nach ihren Aussagen war ihre Behandlung von Seiten der Schweizer soviel als thunlich gut, doch wären sie froh, wenn sie der ungetrübten badischen Gäste los werden könnten. — Gestern ist das seit längerer Zeit hier gelegene Füsilierbataillon des 28. königl. preuss. Infanterie-Regiments nach dem Unterlande abmarschirt. Es wird, wie wir hören den Winter über daselbst in Garnison verbleiben. An die Stelle dieses Bataillons ist gestern noch das erste Bataillon des 30. Inf.-Regiments, das früher in Frankfurt gelegen, hier eingerückt.

München, 1. Novemb. Ministerialrath Neumayr begibt sich in diesen Tagen zufolge allerhöchster Bestimmung nach Stuttgart, um daselbst nach dem Abgang des bisherigen bayerischen Gesandten am königl. württembergischen Hofe, Frhn. v. Malzen, die laufenden gesandtschaftlichen und diplomatischen Geschäfte einzuweisen bis zur Ernennung eines neuen Gesandten zu versehen. — König Max wird vor Ende der nächsten Woche hier nicht zurück erwartet. N. N. 3.

Wien, 1. November. Dem Vernehmen nach beschäftigt sich der Ministerrath gegenwärtig mit der Erwägung eines Vortrages des Ministers v. Schmerling, über die Errichtung eines allgemeinen Kassationshofes für die ganze Monarchie. Für Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen werden wahrscheinlich bis dahin, wo das dort noch rechtskräftige Corpus juris mit dem allgemeinen Gesetzbuche des Reiches in Einklang gebracht sein wird, besondere Sektionen in diesem hohen Gerichtshof eingerichtet werden. Pr.

Wien, 3. November. Die jetzige Wiener Garnison besteht aus 4 Grenadiers, 3 Jäger- und 10 Infanteriebataillonen, 1 Kürassier- und 1 Ulanenregiment nebst der entsprechenden Anzahl von Geschützbatterien. Im Ganzen bei 35,000 Mann. — Der Entwurf des neuen Stempelgesetzes ist einer neuerlichen Prüfung und Revision unterzogen worden. Wie man hört, hat der Finanzminister diese Arbeit selbst übernommen. — Nach dem neuen Portoregulativ hört die Befreiung von Entrichtung des Postporto gänzlich auf; selbst Staatsämter, öffentliche Behörden und die zukünftigen Reichstagsdeputirte werden die Portofreiheit nicht mehr genießen. — Auf Veranlassung der drei Handelsgremien in Pest hat der Ministerrath die Errichtung einer Aushilfskasse von 1 Million Gulden zur Unterstützung des Pesther Handelsstands genehmigt. Nur wahrhaft hilfsbedürftige Handelsleute erhalten daraus gegen Verpfändung von Waaren bis zu zwei Dritttheilen ihres Werthes Vorschüsse auf einen Zeitraum, der 2 Jahre nicht überschreiten darf.